

Barbara Steininger

Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation

Gliederung

1. Einleitung
2. Frauen in den Parteien
3. Weibliche Regierungsmitglieder auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene
4. Parlamente auf EU-, Bundes-, Landes- und Gemeindeebene – nach wie vor „Herrenhäuser“?
5. Frauen wählen anders. „Gender Gap„ als Konstante?
6. Frauen als Spitzenkandidatinnen
7. Die „Feminisierung„ der politischen Kultur

1. Einleitung

Karl VI. war (notgedrungen) der erste Feminist in Österreich. Ziel seiner Politik war die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion, die es seiner Tochter Maria Theresia ermöglichte, nach ihm in Österreich zu regieren. Auf die Demokratie umgemünzt könnte man nun die Frage stellen: „Wer setzt sich für die Gleichberechtigung der Frauen mit dem gleichen Nachdruck ein wie Karl VI?„

„Politik ist wieder männlich. Aber der Souverän weiblich – schließlich beträgt der Wählerinnen-Anteil 53 Prozent. Wir konstatieren einen augenfälligen Unterschied zwischen Volk und Volksvertretung – und freuen uns schon auf Versprechen und Ankündigungen, diese Politik zu ändern. Beim nächsten Mal.,“ (Kurier, 28.10.1999: 1). Soweit ein Kommentar, der die Stimmung vieler Bürgerinnen und Bürger nach den Nationalratswahlen 1999 im Hinblick auf das Thema „Frauen und Politik„ ausdrückt. Während sich in den letzten Jahren die Anzahl der Frauen in den verschiedenen politischen Institutionen zwar langsam, aber stetig erhöht hat, kam es 1999 zum ersten Mal seit 29 Jahren zu einem Rückgang des Frauenanteils im Nationalrat, obwohl gerade weibliche Kandidaten von den einzelnen Parteien im Wahlkampf besonders ins Licht der Medien gestellt wurden.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten und Ebenen der politischen Partizipation. Diese reichen vom Wahlrecht über die Mitgliedschaft bzw. Mitarbeit innerhalb einer Partei bis zur Ausübung höchster politischer Ämter. Politische Partizipationsbestrebungen der Frauen in der Monarchie äußerten sich vor allem im Kampf um das gleiche Wahlrecht. In der ersten Republik gab es in Österreich die ersten weiblichen Parlamentarierinnen (in der parlamentarischen Hierarchie kamen sie – mit Ausnahme der christlichsozialen Parlamentarierin Olga Rudel-Zeynek aus der Steiermark, die 1927 und 1932 Vorsitzende des Bundesrates war – nicht vor), die Regierungen waren aber ausschließlich mit Männern besetzt. In der Zweiten Republik entwickelte sich die Partizipation der Frauen im Hinblick auf die Mitgliedschaft in den verschiedenen politischen Institutionen kontinuierlich. Markantes Kennzeichen der politischen Partizipation von Frauen in der Zweiten Republik ist, daß bestimmte Positionen erstmals von einer Frau eingenommen wurden, Positionen die bis dahin reine Männerbastionen waren.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

1.1. Die ersten Positionsinhaberinnen – eine Zeitreise durch die Zweite Republik

1945: die erste Staatssekretärin. In der Provisorischen Staatsregierung, die vom 27. April bis 20. Dezember 1945 bestand, war Hella Postranecky (KPÖ) Unterstaatssekretärin im Staatsamt für Volksernährung. Sie war neun Monate in diesem Amt tätig.

1953: die erste Vorsitzende des Bundesrates in der Zweiten Republik. Johanna Bayer (ÖVP) aus der Steiermark war die erste Frau, die diese Funktion in der Zweiten Republik innehatte. Es gab schon in der Ersten Republik eine weibliche Vorsitzende in der Zweiten Kammer. Diese kam ebenfalls aus der Steiermark.

1953: (wahrscheinlich) die erste Bürgermeisterin in Österreich war Maria Krenn in Groß-Siegharts (Niederösterreich), die gleichzeitig auch sozialdemokratische Abgeordnete zum Nationalrat war.

1966: die erste Bundesministerin. Erst 21 Jahre nach der ersten Staatssekretärin wurde eine Frau als Bundesministerin angelobt: Grete Rehor übernahm 1966 in der ÖVP-Alleinregierung unter Bundeskanzler Klaus das Ministerium für Soziale Verwaltung.

1986: die erste Frau im Präsidium des Nationalrates. In diesem Jahr wurde die ÖVP-Abgeordnete Marga Hubinek als erste Frau zur Zweiten Präsidentin des Nationalrates gewählt.

1986: die erste Klubobfrau. Mit Freda Meissner-Blau von der Grünen-Alternative wurde zum ersten Mal in der österreichischen Parlamentsgeschichte eine Frau „Klubobmann,“. Durch diese weibliche Besetzung kam es auch zu einer sprachlichen Änderung, denn bis dato hatte es nur Klubobmänner gegeben.

1993/94: die ersten Frauen als Parteichefinnen. Heide Schmidt wurde im November 1993 als Bundessprecherin des Liberalen Forums gewählt. Ein Jahr später folgten die Grünen: Madeleine Petrovic hatte bei den Grünen die Funktion einer Bundesvorstandssprecherin von 1994 bis 1996 inne.

1996: die erste Landeshauptfrau. Am 23.1.1996 wurde Waltraud Klasnic (ÖVP) die erste Landeshauptfrau in der Steiermark. Sie selbst bezeichnet sich als „Frau Landeshauptmann,“, ähnlich wie die ehemalige Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg, die auf die Anrede „Frau Bundesminister,“ Wert legte.

2000: die erste Vizekanzlerin. Am 4. 2. 2000 wurde mit Susanne Riess-Passer (FPÖ) die erste Vizekanzlerin in Österreich angelobt.

Erstmals in der Zweiten Republik waren auch Kandidaturen von Frauen für bestimmte politische Positionen, z.B. Kandidaturen bei den Bundespräsidentenwahlen. Die Liste jener Funktionen, die bisher noch nie von Frauen besetzt waren, ist hingegen um einiges länger als jene der „Pionierinnen,“. Sie reicht vom Bundespräsidenten, Bundeskanzler, den Bundesministern mit den Ressorts Finanzen, Wirtschaft, Verteidigung, Inneres, dem Ersten Nationalratspräsidenten, den Parteibosses von SPÖ und ÖVP bis zu den Präsidenten des ÖGB, der Bundeswirtschaftskammer, der Arbeiterkammer, der Landwirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung, um nur einige zu nennen.

Autorin/Autor: Steininger, Barbara • Titel: Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation

Quelle online: www.demokratiezentrum.org • Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167.

2. Frauen in den Parteien

Ausgangspunkt einer politischen Karriere ist zumeist die Partei. Die Rekrutierungsmechanismen für politische Positionen werden innerhalb der Parteien festgelegt. Hier fällt die Entscheidung sowohl über Kandidatenaufstellungen zu den Wahlen der parlamentarischen Körperschaften als auch über die Zusammensetzung der Regierung. Im politischen System Österreichs haben die Parteien in bezug auf Repräsentation und Partizipation einen hohen Stellenwert, weil sie die „Personalhoheit„ in den politischen Institutionen ausüben.

Die SPÖ hat 1985 als erste Partei die Quotenregelung auf Druck der sozialdemokratischen Frauenorganisation eingeführt: eine 25 Prozent-Quote wurde vom Parteitag als „Kann-Bestimmung„ beschlossen. 1993 wurde die Mindestquote auf 40 Prozent erhöht, diese soll innerhalb von zehn Jahren umgesetzt werden. Am Parteitag 1998 wurde das Parteistatut dahingehend geändert, daß die Frauenquote von 40 Prozent bis zum Jahre 2003 auf allen Ebenen der Partei als auch in den gesetzgebenden Körperschaften zu verwirklichen ist. Da im Statut aber keinerlei Sanktionen vorgesehen sind, falls die Quote bis dahin nicht erreicht wird, ist es eher eine „Sollte-„ denn eine „Muß-Bestimmung„.

Tabelle 1: Frauenanteile in den höchsten Parteigremien der SPÖ auf Bundesebene 1945–2000

Jahr	Parteivertretung bis 1967			Parteivorstand bis 1967		
	Parteivorstand ab 1967			erweitertes Parteipräsidium ab 1967		
	Frauen	Prozentueller Anteil	Gesamt	Frauen	Prozentueller Anteil	Gesamt
1945	7	17,5	40	4	20,0	20
1956	6	15,0	40	5	25,0	20
1966	7	14,0	50	5	20,0	25
1975	7	13,0	54	2	16,7	12
1986	8	14,3	56	2	15,4	13
1987	17	26,2	65	2	15,4	13
1991	20	30,8	65	2	10,5	19
2000	27	37,5	72	10	35,7	28

Quellen: Steininger 1998: 279, Auskunft der Bundesgeschäftsstelle der SPÖ.

Tabelle 2: Bundes-, Landes- und Bezirksparteivorsitzende in der SPÖ (Stand: 1999)

	Anzahl der Positionen	Davon von weiblichen Funktionären besetzt
Bundespartei	1	0
Landesparteivorsitzende	9	0
Bezirksparteivorsitzende	119	7

Quelle: Österreichischer Politiker-, Parteien- und Bürgermeisterindex 1999.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Die Anteil der Frauen in den beiden höchsten Parteigremien der SPÖ liegt derzeit unter 40 Prozent, damit ist die angestrebte Quote noch nicht erfüllt (*Tabelle 1*).

Die Spitzenpositionen in der SPÖ werden nach wie vor vorwiegend von männlichen Funktionären besetzt. Zwar gibt es seit Anfang 2000 zwei weibliche Bundesgeschäftsführerinnen, ein Blick auf *Tabelle 2* zeigt aber, daß weibliche Vorsitzende in der Partei auf den verschiedenen Ebenen noch Mangelware sind. Es gibt bis dato keine gewählte sozialdemokratische Landespartei-vorsitzende (nach dem Rücktritt des Landespartei-vorsitzenden von Kärnten Helmut Manzenreiter führt seine Stellvertreterin Melitta Trunk für einige Zeit die Geschäfte der Landespartei). 1999 gab es in vier Bundesländern (Kärnten, Salzburg, Tirol, Vorarlberg) keine einzige Frau in der Funktion einer Bezirkspartei-vorsitzenden.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Die ÖVP sieht in ihrem Grundsatzprogramm von 1995 die „Einführung einer Mindestquote (für Frauen) von einem Drittel bei öffentlichen Mandaten,“ vor (Österreichische Volkspartei, Grundsatzprogramm 1995: 25). Im Gegensatz zur SPÖ hat die ÖVP aber keine Frauenquote im Parteistatut verankert. Im Grundsatzprogramm ist allgemein von „öffentlichen Mandaten,“ die Rede, nicht aber z.B. konkret von Parteigremien. Da die Besetzung der Parteigremien innerhalb der ÖVP de facto durch die Bünde erfolgt, würde eine verbindliche Frauenquote also die Bünde verpflichten. Der Frauenanteil in der ÖVP liegt daher zu einem großen Teil in den Händen der Bünde. Der Anteil der Frauen in den Parteigremien der ÖVP ist seit 1945 verschiedenen Schwankungen unterworfen, seit 1995 hat sich der Anteil aber deutlich gesteigert und liegt derzeit mit 21,4 Prozent deutlich entfernt von der angestrebten Mindestquote von 33,3 Prozent (siehe *Tabelle 3*).

Tabelle 3: Frauenanteile in der Parteieuxekutive der ÖVP auf Bundesebene 1946–2000

Jahr	Parteieuxekutive ¹		
	Frauen	Prozentanteil	Gesamt
1946	1	16,6	6
1958	1	7,7	13
1966	1	5,3	19
1975	1	9,1	11
1980	2	13,3	15
1990	2	9,5	21
2000	6	21,4	28

Quellen: Steininger 1998: 280, Mitgliederlisten des Bundesparteivorstandes 2000.

Anmerkung 1: Unter dem Titel „Parteieuxekutive,“ wurde bis 1991 das jeweils zweitgrößte von den drei Führungsgremien nach der Bundesparteileitung, ab der Statutenreform 1991, die die Anzahl der Führungsgremien auf zwei reduzierte, das größte Gremium – der Bundesparteivorstand – verstanden.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Tabelle 4: Bundes-, Landes- und Bezirksparteiobmänner und -frauen in der ÖVP

	Anzahl der Positionen	Davon von weiblichen Funktionären besetzt
Bundesparteiobmann	1	0
Landesparteiobleute	9	1
Bezirksparteiobleute	142	9

Quelle: Österreichischer Politiker-, Parteien- und Bürgermeisterindex 1999.

Bei der ÖVP nimmt nur eine Frau, nämlich die Landeshauptfrau der Steiermark Waltraud Klasnic, die Funktion einer Landesparteiobfrau ein. Unter den Bezirksparteiobleuten beträgt der Anteil der weiblichen Amtsinhaber 6,3 Prozent.

Die FPÖ (einschließlich ihrer Vorgängerpartei VDU) war lange Zeit eine „Männerpartei“, sowohl was die Parteifunktionäre betrifft als auch den Klub im Nationalrat, der bis in die 80er Jahre ein „Herrenklub“, ohne eine weibliche Abgeordnete war. In der FPÖ lehnen sowohl männliche als auch weibliche Parteifunktionäre Frauenquoten ab. So meinte die damalige geschäftsführende Parteiobmann-Stellvertreterin Susanne Riess-Passer in einem Interview: „Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich keine Anhängerin von Quotenregelungen bin, weil das letztendlich dazu führt, daß Frauen dann da sind, nur weil sie Frauen sind. Ich glaube, daß es viel wichtiger wäre, in der Politik Frauen in Entscheidungs- und Machtpositionen zu bringen. Das sollte man aussprechen. Sie in Positionen zu bringen, wo wirklich Entscheidungen gefällt werden“ (Interview mit Susanne Riess-Passer, www.ceiberweiber.com). Auch die neugewählte Frauensprecherin der FPÖ Theresia Zierler kann einer Quotenregelung nichts abgewinnen: „Ich halte nichts von einer Frauenquote. Es geht um Qualifikation und Leistung.“ (*Profil*, 29.11.1999: 48).

Da es in der FPÖ weder Frauenquoten noch eine innerparteilich starke Frauenorganisation gibt, ist der Anstieg der weiblichen Funktionäre fast ausschließlich auf persönliche Auswahl des Bundesparteiobmannes Jörg Haider zurückzuführen. Obwohl er zu Beginn seiner Parteiobmannschaft vom Drang der Frauen in die Politik anscheinend nicht so überzeugt war: „Das mit den Frauen in der Politik, das wird sich nicht halten. Das geht zurück, Sie werden sehen.“ (*Profil*, 29.11.1999: 48). Die FPÖ stellte 1988 mit Heide Schmidt die erste weibliche Generalsekretärin einer Partei. 1996 wird Susanne Riess-Passer auf Vorschlag von Jörg Haider als „geschäftsführende stellvertretende Parteiobfrau“, am Parteitag der FPÖ mit 89,96 Prozent der Stimmen der Delegierten in diese Position gewählt. Am Bundesparteitag der FPÖ im Mai 1999 wurden, ebenfalls auf Vorschlag von Bundesparteiobmann Jörg Haider, alle fünf Positionen der Partei-obmann-Stellvertreter mit Frauen besetzt. Zuvor war unter den vier Stellvertretern nur eine Frau. Die Anzahl der Mitglieder des Bundesparteivorstandes der FPÖ hat sich in den letzten zehn Jahren stark erhöht. Damit wurde unter anderem der Frauenanteil erhöht, ohne einem männlichen Mitglied den Platz streitig zu machen. Am Bundesparteitag der FPÖ am 1. Mai 2000 wurde Susanne Riess-Passer als erste Frau zur Bundesparteiobfrau gewählt, sie erhielt 91,5 Prozent der Stimmen der Delegierten. Unter ihren drei Stellvertretern befindet sich keine Frau.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Tabelle 5: Frauenanteile in den höchsten Parteigremien der FPÖ auf Bundesebene 1956–2000

Jahr	Bundesparteivorstand		Bundesparteioräsidium (seit			Gesamt
	Frauen	Prozent. Anteil	Gesamt	Frauen	Prozent. Anteil	
1956	0	0,0	13			
1966	1	5,0	20			
1970	0	0,0	15			
1979	1	6,7	15	0	0,0	7
1983	1	6,7	15	1	14,3	7
1990	3	16,7	18	1	10,0	10
2000	9	20,5	44	3	15,0	20

Quellen: Steininger 1998: 281, schriftliche Auskunft der FPÖ-Bundesgeschäftsstelle.

Tabelle 6: Bundes-, Landes- und Bezirksparteiobmänner und -frauen in der FPÖ

	Anzahl der Positionen	Davon von weiblichen Funktionären besetzt
Bundesparteiofrau	1	1
Landesparteiohleute	9	0
Bezirksparteiohleute	94	12

Quelle: Österreichischer Politiker-, Parteien- und Bürgermeisterindex 1999.

Ähnlich wie in der SPÖ und ÖVP dominieren in den Spitzenpositionen der FPÖ männliche Funktionäre. Alle neun Landesparteiohmänner sowie 82 der insgesamt 94 Positionen der Bezirksparteiohleute sind mit Männern besetzt.

Den höchsten Frauenanteil in ihren Reihen haben die Grünen. Eine der Wurzeln der Grünen Alternative liegt – neben anderen Bewegungen – in der Frauenbewegung. Dieses Faktum war mit ausschlaggebend, daß die Grünen bereits in den ersten Parteistatuten 1987 eine Parität von Frauen und Männern in allen Parteigremien auf Bundesebene sowie für die Kandidatenlisten bei Nationalratswahlen festgelegt haben. Eine innerparteiliche Frauenorganisation auf Bundesebene gibt es bei den Grünen nicht, Frauenorganisationen gibt es nur auf Länderebene. Die Statutenregelung trägt in der Realität ihre Früchte: sowohl in den Parteigremien als auch im Nationalrat haben die Grünen jeweils die höchsten Frauenanteile im Vergleich mit den anderen Parteien. Seit dem Einzug der Grünen Alternative in den Nationalrat gab es insgesamt vier Klubchefs, zwei davon waren weiblich (Freda Meissner-Blau 1986–1988 und Madeleine Petrovic 1994–1996).

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Tabelle 7: Frauenanteile in den höchsten Parteigremien der Grünen auf Bundesebene 1987–2000

Jahr	Bundesvorstand		
	Frauen	Prozentanteil	gesamt
1987	5	62,5	8
1990	2	28,6	7
2000	4	44,4	9

Quellen: Steininger 1998: 281, Mitgliederliste des Bundesvorstandes der Grünen.

Die Position eines Bundessprechers gibt es seit 1992, dreimal wurde diese Position mit einem Mann besetzt, einmal mit einer Frau (Madeleine Petrovic 1994–1996). Unter den insgesamt 14 LandesprecherInnen und LandesgeschäftsführerInnen der Grünen in den Bundesländern waren im Jahr 2000 sechs Frauen. Auf Bezirksebene gab es 1999 38 Frauen unter den insgesamt 101 BezirkssprecherInnen.

Tabelle 8: Bundes-, Landes- und BezirkssprecherInnen der Grünen

	Anzahl der Positionen bzw. Personen	Davon von weiblichen Funktionären besetzt
Bundesvorstandssprecher	1	0
LandessprecherInnen und LandesgeschäftsführerInnen	14	6
BezirkssprecherInnen	101	38

Quelle: Österreichischer Politiker-, Parteien- und Bürgermeisterindex 1999. Auskunft der Grünen.

Zu den Forderungen der Grünen im Hinblick auf die Gleichstellung der Frauen in der Politik gehören unter anderem die Schaffung zumindest einer 50-Prozent-Frauenquote auf allen Ebenen aller gewählten politischen Gremien, öffentlichen Einrichtungen und Interessenvertretungen sowie die Bindung der Parteienförderung (inklusive Klubfinanzierung) an den Frauenanteil unter den Abgeordneten. Parteien, die weniger als 50 Prozent der Mandate an Frauen vergeben, sollen nach Vorstellung der Grünen um den fehlenden Prozentsatz weniger Parteienförderung erhalten; das dabei eingesparte Geld sollte für Maßnahmen zur Frauenförderung eingesetzt werden.

30 Weibliche Regierungsmitglieder auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene

3.1. Frauen in der österreichischen Bundesregierung

Kennzeichen der österreichischen Bundesregierungen in der Zweiten Republik bis zum Jahr 2000 waren festgefügte Koalitionen zwischen SPÖ und ÖVP. Sämtliche Bundesministerinnen der Zweiten Republik kamen bis zu diesem Zeitpunkt aus einer dieser beiden Parteien, unter den Staatssekretärinnen gab es ein Mitglied der KPÖ. Die FPÖ hinterließ während ihrer Zeit als Juniorpartner der „Kleinen Koalition„ (1983–1986) keine weiblichen Spuren, ab 2000 gab es erstmals weibliche Regierungsmitglieder der FPÖ in einer österreichischen Bundesregierung. Bisher schaffte es noch keine parteilose Frau (im Gegensatz zu einigen Männern), Mitglied einer

Autorin/Autor: Steininger, Barbara • Titel: Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation

Quelle online: www.demokratiezentrum.org • Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Bundesregierung zu werden. Wer innerhalb der eigenen Partei „ministabel,, erscheint und daher in die engere Auswahl kommt, wird noch immer von Gremien entschieden, in denen männliche Funktionäre die Mehrheit bilden.

Tabelle 9: Frauen in der österreichischen Regierung 1945–2000 (absolut)

Regierung (Name des jeweiligen Bundeskanzlers)	Amtsantritt	Regierungsmitglieder insgesamt	Bundesministerinnen	Staatssekretärinnen	Frauen in der Regierung insgesamt
Renner	1945	39	0	1	1
Klaus	1966	20	1	0	1
Kreisky I	1970	15	1	1	2
Kreisky II	1971	18	2	1	3
Kreisky III	1975	18	2	1	3
Kreisky IV	1979	23	2	5	7
Sinowatz	1983	24	2	2	4
Vranitzky I	1986	22	1	2	3
Vranitzky II	1987	17	2	1	3
Vranitzky III	1990	20	2	1	3
Vranitzky IV	1994	22	4	1	5
Vranitzky V	1996	16	3	1	4
Klima	1997	16	3	1	4
Schüssel	2000	16	4	1	5

Quellen: Müller, Philipp und Steininger 1988: 146; Steininger 1992: 659; Auskunft des Büros des Ministerrates.

Wenn Frauen in die Funktion einer Bundesministerin kommen, dann besetzen sie eher neugeschaffene Bereiche. Ein Beispiel dafür ist Hertha Firnberg, die das damals neugegründete Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung übernahm, ein anderes Beispiel ist Susanne Riess-Passer, die neben ihrer Funktion als Vizekanzlerin am 3. April 2000 als Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport angelobt wurde. Auch das Frauenministerium und das Umweltministerium waren neue Ressortgründungen, die mit Ministerinnen besetzt wurden. Grund dafür ist, daß Frauen im Verdrängungswettbewerb um einflußreiche und prestigeträchtige Kernbereiche der Regierungsressorts (wie z.B. das Finanzministerium, das Innen- oder das Wirtschaftsministerium) kaum als Kandidatinnen genannt werden und in dieser „Liga,, bis jetzt nicht mitspielten. Im wesentlichen lassen sich vier Bereiche eingrenzen, in denen Frauen in der Zweiten Republik eine Regierungsfunktion ausübten: Bildung, Soziale Angelegenheiten, Frauen, Jugend und Familie sowie der Bereich Konsumentenschutz, Gesundheit und Sport.

Bildung: Sowohl die SPÖ als auch die ÖVP stellten je eine Bundesministerin für Unterricht und Kultur, wobei anzumerken ist, daß im Schulbereich, unter der Lehrerschaft, Frauen besonders stark vertreten sind. Die erste Frau, die sich im bis heute männerdominierten Bereich Wissenschaft durchsetzen konnte, war Hertha Firnberg (SPÖ), die das Ministerium für Wissenschaft und Forschung aufbaute und hier Pionierarbeit leistete. Durch die Änderung des Bundesministeriengesetzes im Jahr 2000 wurde Elisabeth Gehrer 17 Jahre nach Firnberg zur zweiten Bundesministerin in der Zweiten Republik, die dieses Amt inne hat.

Autorin/Autor: Steininger, Barbara • Titel: Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation

Quelle online: www.demokratiezentrum.org • Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Soziale Angelegenheiten: Um für die Position als SozialministerIn überhaupt in Frage zu kommen, war – den bisherigen politischen Gepflogenheiten und der Realverfassung zufolge – eine hohe Funktion in einem Verband Voraussetzung. Sowohl Grete Rehor als ehemalig Vorsitzende der Gewerkschaft der Textilarbeiter(innen) als auch Lore Hostasch (SPÖ) als Präsidentin der Bundesarbeitskammer erfüllten diese Voraussetzung. Das Beispiel der Rekrutierung von SozialministerInnen in Österreich zeigt, wie wichtig es ist, daß Frauen in politischen Institutionen, wie z.B. den Verbänden, eine Position innehaben, die als Sprungbrett für die Regierungsebene dienen kann.

Frauen, Jugend und Familie: Kaum ein Bereich innerhalb der Regierungsagenden wurde dermaßen oft umstrukturiert wie dieser. Durch die Einrichtung des Staatssekretariats für allgemeine Frauenfragen im Jahre 1979 kam es zu einer inhaltlichen Erweiterung der Politikfelder innerhalb der Bundesregierung. Frauenpolitik wurde nun institutionalisiert. 1990 wurde das Staatssekretariat in ein Ministerium umgewandelt. Dies geschah in erster Linie aus strategischen Gründen: „Denn die Frauenministerin ist nicht deshalb Frauenministerin und nicht mehr Staatssekretärin, weil die Koalitionsverhandler der Überzeugung gewesen wären, daß Frauenfragen den Rang von Regierungsfragen einnehmen müßten, sondern weil die Aufteilung der Ministerien dies erforderlich machte. Entsprechend einer proporzmäßigen Ämteraufteilung brauchte eine ‚schwarze‘ Familienministerin ein ‚rotes‘ Gegenüber, das heißt eine Frauenministerin,“ (Rosenberger 1995: 365). Im Gegensatz zu den klassischen Bundesministerien war das Frauenministerium um einige Kompetenzen ärmer: die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Konsumentenschutz war Kanzleramtsministerin und hatte keine Personal- und Budgethoheit. Ihre Sektionen unterstanden dem Bundeskanzleramt. Versuche aller Frauenministerinnen, das dem Bundeskanzleramt untergeordnete „Frauenministerium,“ zum eigenständigen Ressort aufzuwerten, waren erfolglos. Das Frauenministerium war nicht nur eines der jüngsten Ressortbereiche, es hatte im Vergleich zu anderen Ministerien eine relativ kurze Lebensdauer: neun Jahre nach der Errichtung wurde es durch die Änderung des Ministeriengesetzes im Jahre 2000 aufgelöst, die Agenden wurden dem Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen zugeordnet.

Spekulationen in den Medien im Herbst 1999 über zukünftige Regierungsmitglieder wie die folgenden (die im übrigen in keinem Fall der Realität entsprachen) zeigen, daß das Rekrutierungsreservoir für Regierungsmitglieder in den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Parlament und Verwaltung anscheinend nur aus Männern besteht, wobei den Genannten jeweils eine spezifische Kompetenz zugeordnet wird, bei den Frauen genügt dem Zitat zufolge anscheinend einfach das „Frau sein,“: Im November 1999 stellte sich *Die Presse* eine Regierung aller vier Parlamentsparteien folgendermaßen vor: „Im ‚rosaroten‘ Bereich könnte er den Grazer Universitätsprofessor Helmut Konrad (er war schon einmal als SP-Wissenschaftsminister im Gespräch) rufen oder auch den durch seinen Kosovo-Einsatz populär gewordenen Bosnien-Bbeauftragten der EU, Wolfgang Petritsch, oder einen Wirtschaftsmann aus dem SP-nahen Bereich. Im parteiunabhängigen Bereich könnte er sogar Justizminister Nikolaus Michalek beauftragen, der ja neun Jahre Regierungserfahrung mitbringen würde. Gemäß der Vier-Parteien-Vorgabe könnte dann FP-Mann Thomas Prinzhorn das Wirtschaftsministerium übernehmen, der Bundessprecher der Grünen, Alexander van der Bellen, das Umweltministerium, Nationalbank-Gouverneur Klaus Liebscher das Finanzministerium, Botschafter Gregor Woschnagg das Außenamt, Rektor Leopold März das Wissenschaftsministerium. Und Frauen werden sich auch noch finden,“ (*Die Presse*, 27.11.1999: 6).

Autorin/Autor: Steininger, Barbara • Titel: Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation

Quelle online: www.demokratiezentrum.org • Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Tabelle 10: „Ministerinnen-Ressorts,, 1945–2000

Ressort	SPÖ	ÖVP	FPÖ
BM für soziale Verwaltung bzw. BM für soziale Sicherheit und Generationen	Lore Hostasch	Grete Rehor	Elisabeth Sickl
BM für Wissenschaft und Forschung bzw. BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur	Hertha Firnberg	Elisabeth Gehrler	
BM für Gesundheit und Umweltschutz bzw. BM für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz	Ingrid Leodolter Krammer Christa		
BM für Unterricht, Kunst und Sport	Hilde Hawlicek	Elisabeth Gehrler	
BM für Familie, Jugend und Konsumentenschutz bzw. BM für Umwelt, Jugend und Familie, bzw. BM für Jugend und Familie	Elfriede Karl Gertrude Fröhlich-Sandner	Marilies Flemming Ruth Feldgrill-Zankel Maria Rauch-Kallat Sonja Moser	
BM für Frauenangelegenheiten bzw. BM für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz	Johanna Dohnal Helga Konrad Barbara Prammer		
BM für auswärtige Angelegenheiten		Benita Ferrero-Waldner	
BM für öffentliche Leistung und Sport			Susanne Riess-Passer

Quelle: Österreichischer Amtskalender.

3.2. Frauen in den Landesregierungen

Insgesamt gibt es in Österreich derzeit 71 Mitglieder in den Landesregierungen, davon waren zu Beginn 2000 17 Positionen mit Frauen besetzt. Den höchsten Anteil an weiblichen Mitgliedern in der Landesregierung hat Wien, Burgenland ist das einzige Bundesland, in dem es kein weibliches Mitglied in der Landesregierung gibt. Die Ressorts, welche die Frauen auf Landesebene innehaben, sind ähnlich den Ressorts der weiblichen Regierungsmitglieder der Bundesregierung: Frauen, Soziales, Schulwesen und Umweltschutz sind auch hier die häufigsten Ressorts. Ausnahmen bilden neben Waltraud Klasnic, die als Landeshauptfrau für die in *Tabelle 11* beschriebenen Agenden zuständig ist, Brigitte Ederer in Wien, die die Ressorts Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke inne hat, sowie Magda Jost-Bleckmann in der Steiermark.

Autorin/Autor: Steininger, Barbara • Titel: Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation

Quelle online: www.demokratiezentrum.org • Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Tabelle 11: Ressorts der weiblichen Mitglieder in den Landesregierungen (Stand: 2000)

Bundesland	Mitglieder der Landesregierung gesamt	Weibliche Mitglieder (absolut)	Ressorts der weiblichen Landesregierungsmitglieder
Burgenland	7	0	
Kärnten	7	1	Gabriele Schaunig-Kandut (SPÖ): Soziales, Familie, Frauen
Nieder-österreich	9	2	Liese Prokop (ÖVP): Sport, Jugend, Behinderte, Wohnbauförderung, Kunstförderung, Frauenreferat, Förderung von Heimen, Angelegenheiten des Institutes für Landeskunde und Bibliothek Christa Kranzl (SPÖ): Soziale Verwaltung und Sozialhilfe, Schul- und Kindergartenwesen, Studienförderung, Angelegenheiten der Gemeindegewache, Frauenreferat, Ausländerbeschäftigungsangelegenheiten, Konsumentenschutz, Kinderbetreuung
Ober-österreich	9	1	Ursula Haubner (FPÖ): Frauen, Umwelt, Konsumentenschutz
Salzburg	7	2	Maria Haidinger (ÖVP): Familienangelegenheiten, Kindergärten und Horte, Landesanstalten und Tierschutz Gabriele Burgstaller (SPÖ): Frauen- und Gleichbehandlungsangelegenheiten, Gewerbe- und Verkehrsrecht
Steiermark	9	3	Waltraud Klasnic (ÖVP): Landeshauptfrau, Hoheitsverwaltung, Verfassungsdienst, Katastrophenschutz und Landesverteidigung, Staatsbürgerschaft, Aufenthaltsrecht Anna Rieder (SPÖ): Sozialwesen, Schulen und Kindergärten Magda Jost-Bleckmann (FPÖ): Wohnbau, Hochbau, Baurecht, Raumplanung, Amtssachverständigendienst, technischer Umweltschutz, Blasmusik
Tirol	7	2	Elisabeth Zanon (ÖVP): Gesundheit, Jugend, Familie, Frauen und Senioren, Wohnbauförderung, Krankenanstalten Christa Gangl, (SPÖ): Umwelt- und Naturschutz, Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Baurecht, Landespolizeigesetz, Statistik
Vorarlberg	7	1	Eva Maria Waibel (ÖVP): Schule, Entwicklungshilfe, Wissenschaft und Weiterbildung, Jugend- und Familienförderung, Frauenfragen
Wien ¹	14	5	Renate Brauner (SPÖ): Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz, Personal Grete Laska (SPÖ): Stadtrat für Jugend, Soziales, Sport, Information Brigitte Ederer (SPÖ): Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke Friedrun Huemer (Grüne): ohne Geschäftsbereich Karin Landauer (FPÖ): ohne Geschäftsbereich

Quellen: Auskünfte der Landesamtsdirektionen der einzelnen Bundesländer.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Anm. 1: Eine Besonderheit der Wiener Stadtverfassung ist, daß nicht alle Mitglieder des Stadtsenates bzw. der Landesregierung auch für einen Geschäftsbereich verantwortlich sein müssen. Neben den Amtsführenden Stadträten gibt es auch Stadträte ohne Geschäftsbereich, die aber Sitz und Stimme im Stadtsenat haben.

3.3. Bürgermeisterinnen – Ausnahmerecheinungen auf kommunaler Ebene

Das Amt des Bürgermeisters wird vielfach unterschätzt: der Bürgermeister ist Gemeindeoberhaupt, Regierungschef, Träger der von Bund und Land übertragenen Aufgaben, Verwaltungschef, Vorgesetzter des Verwaltungspersonals, Vorsitzender der Volksvertretung, Träger von Notrechten usw. (Welan 1999: 55). Im Vergleich zu anderen politischen Positionen ist jene des Bürgermeisters eine machtvolle Funktion – wenn auch nur lokal begrenzt.

1991 gab es insgesamt sieben Bürgermeisterinnen in Österreich. 1998 waren von den 2.358 Bürgermeistern in Österreich 32 Frauen (davon 21 ÖVP, 11 SPÖ, 1 Bürgerliste). 1999 waren es laut Auskunft des Österreichischen Gemeindebundes 38. Damit hat sich die Anzahl der Frauen unter den Bürgermeistern in den letzten acht Jahren mehr als verfünffacht. Niederösterreich stellt sowohl die meisten Bürgermeisterinnen als auch die meisten Vizebürgermeisterinnen. In Salzburg wurde bislang noch keine Bürgermeisterin gestellt, dies trifft zwar auch auf Wien zu, hier hat die Bundeshauptstadt aber eine Sonderstellung, da es nur eine einzige Position gibt. In Vorarlberg wurde bei der Gemeinderatswahl 1995 erstmals eine Frau in das Amt einer Bürgermeisterin gewählt – Anna Franz erreichte damals in der Gemeinde Bezaun mit 100 Prozent der Stimmen dieses Amt.

Tabelle 12: Bürgermeisterinnen und Vizebürgermeisterinnen in Österreich (Stand: März 1999)

Bundesland	Anzahl der Bürgermeisterinnen	Anzahl der Vizebürgermeisterinnen
Burgenland	2	5
Kärnten	2	11
Steiermark	11	k.A.
Tirol	2	4
Vorarlberg	1	4
Oberösterreich	8	0
Salzburg	0	6
Niederösterreich	15	44
Wien	0	0

Quelle: Schriftliche Auskunft des Österreichischen Gemeindebundes.

Auch wenn der derzeitige Anteil der Frauen unter den Bürgermeistern sehr gering ist, das Interesse für diese politische Position ist da. Beispielsweise kandidierten bei den Salzburger Gemeinderatswahlen 1999 251 Männer und 13 Frauen direkt für das Bürgermeisteramt. Keine

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

der kandidierenden Frauen schaffte es jedoch, sich gegen die männlichen Mitbewerber durchzusetzen (Hofer und Wolfgruber 1999: 13).

40 Parlamente auf EU-, Bundes-, Landes- und Gemeindeebene – nach wie vor Herrenhäuser?

Für Beate Hoecker ist Europa nach wie vor ein „*Herrenhaus*“; andere Bezeichnungen lauten „Demokratie am Anfang“ und „unvollendete Demokratie“, da wenige Bestrebungen zu verzeichnen sind, den Anteil der Frauen in den politischen Gremien zu erhöhen und damit „die politische Macht mit den Frauen zu teilen.“ (Hoecker 1998: 379). Im folgenden geht es um die Frauenanteile im Europäischen Parlament sowie um die Frage, welche nationalen Parlamente im internationalen Vergleich die höchsten Frauenanteile haben. Die Entwicklung der Anzahl der weiblichen Abgeordneten im österreichischen Nationalrat seit 1945 wird ebenfalls beleuchtet.

4.1. Frauen im Europäischen Parlament

Im internationalen Vergleich schneidet Österreich im Hinblick auf den Anteil der weiblichen Europaparlamentarier nicht schlecht ab. Der durchschnittliche Frauenanteil im Europäischen Parlament lag 1999 bei 30 Prozent, den höchsten Frauenanteil hatte Schweden (50 Prozent), den niedrigsten Italien (10,3 Prozent). Österreich liegt mit 38,1 Prozent an vierter Stelle (*Tabelle 13*).

Tabelle 13: Frauenanteil im Europäischen Parlament (Stand: Juni 1999)

Mitgliedsstaat der EU	Anzahl der Frauen (absolut)	Anteil der Frauen in Prozent
Schweden	11	50,0
Finnland	7	43,8
Frankreich	35	40,2
Österreich	8	38,1
Dänemark	6	37,5
Deutschland	36	36,4
Spanien	22	34,4
Irland	5	33,3
Luxemburg	2	33,3
Niederlande	10	32,2
Belgien	7	28,0
Großbritannien	21	24,1
Portugal	5	20,0
Griechenland	4	16,0
Italien	9	10,3
Gesamt	188	30,0

Quelle: Europäische Datenbank: Frauen in Führungspositionen.

4.2. Frauen im österreichischen Nationalrat oder: der Marathonlauf von 1919 bis 2000

Der österreichische Nationalrat liegt, verglichen mit anderen Staaten, im Hinblick auf den Frauenanteil unter den Abgeordneten an elfter Stelle – hinter Kuba und Argentinien und vor Vietnam. Unter den 179 von der interparlamentarischen Union untersuchten Staaten gibt es kein einziges Parlament, in dem es einen Frauenanteil von 50 Prozent gibt. Den höchsten Frauenanteil gab es 1999 in Schweden mit knapp 43 Prozent (*Tabelle 14*). Auch international wird es voraussichtlich noch eine geraume Weile dauern, bis der Frauenanteil in den Parlamenten der ersten zehn Staaten in diesem Ranking auch nur annähernd dem Frauenanteil in der jeweiligen Bevölkerung entspricht.

Tabelle 14: Frauen in Nationalen Parlamenten (Stand: Oktober 1999)

Rang		Anteil der Frauen in Prozent
1	Schweden	42,7
2	Dänemark	37,4
3	Finnland	37,0
4	Norwegen	36,4
5	Niederlande	36,0
6	Island	34,9
7	Deutschland	30,9
8	Südafrika	30,0
9	Neuseeland	29,2
10	Argentinien	27,6
	Kuba	27,6
11	Österreich	26,8
12	Vietnam	26,0

Quelle: Inter-Parliamentary-Union.

Der „Marathonlauf„ der Frauen im österreichischen Parlament bezieht sich auf die lange Zeitspanne, in der sie versuchen, an das Ziel zu kommen, nämlich einem Parlament anzugehören, in dem Frauen keine Minderheit mehr sind. In Österreich betrug der Anteil der Frauen zu Beginn der Ersten Republik 5,8 Prozent, zu Beginn der Zweiten Republik lag er bei 5,5 Prozent. In der Ersten Republik gelang den Frauen kein Aufholprozeß: der Frauenanteil kam nie auf sechs Prozent (Pelinka 1995: 67). In der Zweiten Republik stieg der Frauenanteil in den 55 Jahren zwischen 1945 und 2000 insgesamt um 21,3 Prozent. Derzeit sind 49 der insgesamt 183 Abgeordneten Frauen.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Tabelle 15: Entwicklung des Frauenanteils im österreichischen Nationalrat seit 1945

Jahr	SPÖ		ÖVP		VdU/FPÖ		GA		LIF		Gesamt ¹	
	F/G	%	F/G	%	F/G	%	F/G	%	F/G	%	F/G	%
1945	7/76	9,2	2/85	2,4							9/165	5,5
1949	7/67	10,4	2/77	2,6	0/16	0,0					9/165	5,5
1953	8/73	11,0	2/74	2,7	0/14	0,0					10/165	6,1
1956	7/74	9,5	2/82	2,4	0/6	0,0					9/165	5,5
1959	7/78	9,0	3/79	3,8	0/8	0,0					10/165	6,1
1962	7/76	9,2	3/81	3,7	0/8	0,0					10/165	6,1
1966	7/74	9,5	3/85	3,5	0/6	0,0					10/165	6,1
1970	6/81	7,4	2/78	2,6	0/6	0,0					8/165	4,8
1971	8/93	8,6	3/80	3,8	0/10	0,0					11/183	6,0
1975	9/93	9,7	5/80	6,3	0/10	0,0					14/183	7,3
1979	11/95	11,6	7/77	9,1	0/11	0,0					18/183	9,8
1983	8/90	8,9	8/81	9,9	1/12	8,3					17/183	9,3
1986	10/80	12,5a	7/77	9,1	3/18	16,7	1/8	12,5			21/183	11,5
	a 9/80b	11,3b									19/183	10,4
1990	17/80	21,3a	7/60	11,6	7/33	21,2	5/10	50,0			36/183	19,7
	a 20/80 b	25,0b									39/183	21,3
1993					5/28c	17,9			2/5	40,0	39/183	21,3
1994	14/65	21,5a	7/52a	13,5a	9/42	21,4	6/13	46,2	4/11	36,4	40/183	21,9
	a 16/65 b	24,6b	8/52b	15,4b							43/183	23,5
1995	20/71	28,2a	12/53a	22,6a	7/40	17,5	4/9	44,4	4/10	40,0	47/183	25,7
	a 22/71 b	31,0b	10/53b	18,9b							47/183	25,7
1999	21/71	33,8	10/52	19,2	10/41	24,4	6/9	66,7	4/10	40,0	51/183	27,8
2000	21/65	32,3	12/52	23,1	9/52	17,3	7/14	50,0			49/183	26,8

Quellen: Neyer 1996; Bericht über die Situation der Frauen in Österreich – Frauenbericht 1995: 643; Internet – Parlamentsserver.

Anmerkungen:

F= Absolute Anzahl der Frauen im Nationalrat.

G= Gesamte Anzahl der Abgeordneten der jeweiligen Fraktion.

a Wahlresultat.

b Stand nach Mandatszurücklegung von Regierungsmitgliedern.

c Stand nach der Abspaltung von 5 Abgeordneten der FPÖ, diese bilden einen eigenen Klub: das Liberale Forum.

1. Zwischen 1945 und 1959 war auch die Kommunistische Partei Österreichs im Nationalrat vertreten, allerdings ausschließlich mit männlichen Abgeordneten.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Die Frauenanteile der einzelnen im Nationalrat vertretenen Klubs sind sehr unterschiedlich. An der Spitze liegt der grüne Klub, hier haben die Frauen mit einem Anteil von 50 Prozent das Ziel des „Parlamentmarathons“, bereits erreicht. Die SPÖ hat in ihrem Klub einen Anteil von 32,3 Prozent, die Quote von 40 Prozent ist damit noch nicht erfüllt. Zwar kann auch die ÖVP ansteigende Frauenanteile verzeichnen, diese sind aber vergleichsweise niedriger. Die ÖVP hatte 2000 einen Anteil von 23,1 Prozent, die FPÖ 17,3 Prozent.

4.2.1. Weibliche Abgeordnete in der Parlamentshierarchie

„Wenn ein weibliches Mitglied des Nationalrates in eine Funktion gemäß den Bestimmungen gewählt wird, ist die geschlechtsspezifische Form der Funktionsbezeichnung zu verwenden.“ (GO des NR, §12).

Während sich die bisherigen Ausführungen zum Thema Frauen und Parlament fast ausschließlich mit der Frage des quantitativen Anteils von weiblichen Parlamentarierinnen beschäftigten, soll im folgenden auch die Parlamentshierarchie näher betrachtet werden. Obwohl von Rechts wegen alle Parlamentarier „gleich“ sind, gibt es wie in jeder Institution verschiedene Hierarchieebenen, in die ein Teil der Abgeordneten aufsteigt. Ein Indikator, welchen Stellenwert die einzelnen Abgeordneten in ihrer Fraktion haben, ist die Ausübung bestimmter Positionen.

Klubobfrauen und Klubobmänner

Eine der wichtigsten parlamentarischen Positionen ist jene des Klubchefs der jeweiligen Fraktion, diese ist dementsprechend begehrt. Bisher waren im österreichischen Nationalrat nur drei Frauen in dieser Position tätig. Freda Meissner-Blau trat 1986 nach dem Einzug der Grünen ins Parlament als erste Klubobfrau in der Zweiten Republik ihr Amt an und änderte damit auch gleich einmal die bis dahin übliche Bezeichnung „Klubobmann,“; 1992 wurde Madeleine Petrovic Klubobfrau der Grünen, 1994 bis 1999 war Heide Schmidt Klubobfrau des Liberalen Forums (Müller und Steininger 2000). Auffallend ist, daß bis dato nur die beiden kleinen Oppositionsparteien weibliche Klubchefs stellten. Mit der konstituierenden Sitzung des Nationalrates am 29. Oktober 1999 wurden die Verhältnisse vor 1986 wieder hergestellt: sämtliche Positionen der Klubchefs wurden mit Männern besetzt.

PräsidentInnen des Nationalrates

Das Präsidium des Nationalrates ist seit seinem Bestehen fast ausschließlich ein Männergremium. Das Amt des Ersten Präsidenten nahmen bis jetzt nur männliche Abgeordnete ein, das Amt des Zweiten Präsidenten nahm mit Marga Hubinek (ÖVP) 1986 erstmals in der österreichischen Parlamentsgeschichte eine Frau ein. Das Amt des Dritten Präsidenten wurde ebenfalls erst einmal von einer Frau besetzt: 1990 trat Heide Schmidt für die FPÖ diese Funktion an. Immerhin neun Jahre lang war damit ein Mitglied des Präsidiums des Nationalrates weiblich. Seit 1994 bzw. 1995 walteten wieder ausschließlich männliche Präsidenten ihres Amtes im Nationalrat, woran sich auch nach den Nationalratswahlen 1999 nichts geändert hat. Die Kandidatur von Eva Lichtenberger war aufgrund der Mehrheitsverhältnisse von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Ausschußvorsitzende

Um den Vorsitz in einem Ausschuß zu erlangen, müssen Abgeordnete innerhalb ihrer Fraktion ein gewisse Vormachtstellung erreicht haben. In der XX. GP (1995–1999) waren unter den insgesamt 32 Ausschußvorsitzenden acht weibliche Abgeordnete, das entspricht einem Prozentanteil von 25 Prozent. In der XXI. GP (1999–) gibt es insgesamt 35 Ausschußvorsitzende, davon sind acht Frauen, der Prozentanteil beträgt somit 22,9 Prozent.

Autorin/Autor: Steininger, Barbara • Titel: Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation

Quelle online: www.demokratiezentrum.org • Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Tabelle 16: Frauen als Ausschußvorsitzende im Nationalrat

	Anzahl der Ausschußvorsitzenden Insgesamt XX. GP	Davon Frauen	Anzahl der Ausschußvorsitzenden Insgesamt XXI.GP	Davon Frauen
SPÖ	14	4	13	4
ÖVP	9	2	10	2
FPÖ	7	1	10	1
GA	1	0	2	1
LIF	1	1	--	--

Quelle: Internet – Parlamentsserver.

In der XX. GP (1995–1999) führten weibliche Abgeordnete in folgenden Ausschüssen den Vorsitz: Ausschuß für Arbeit und Soziales, Familienausschuß, Gleichbehandlungsausschuß, Justizausschuß, Kulturausschuß, Ausschuß für Petition und Bürgerinitiativen, Ständiger Unterausschuß des Rechnungshofausschusses und Wirtschaftsausschuß. Zu Beginn der XXI. GP ist die Situation ähnlich: Arbeit und Soziales, Familie, Gesundheit, Gleichbehandlung, Justiz, Menschenrechte, Petitionen und Bürgerinitiativen sowie Unterricht sind die Ausschüsse unter weiblichem Vorsitz.

4.3. Frauen in den Landtagen

Die Entwicklung der Frauenanteile unter den Landtagsabgeordneten in den einzelnen Bundesländern zeigt einen langsamen, aber kontinuierlichen Anstieg. Gab es 1996 noch zwei Bundesländer mit einem Frauenanteil unter 10 Prozent (Burgenland und Tirol), so liegt der Mindestanteil an weiblichen Landtagsabgeordneten 1999 bei 14 Prozent (Burgenland). In allen neun Landtagen kam es zwischen 1996 und 1999 zu einer Erhöhung des Frauenanteils (siehe *Tabelle 17*).

Tabelle 17: Frauen in den Landtagen 1996–2000

Bundesland	Gesamtanzahl der Abgeordneten	davon Frauen in Prozent 1996	davon Frauen in Prozent 2000
Wien	100	32	37
Niederösterreich	56	13	18
Burgenland	36	8	17
Kärnten	36	17	19
Oberösterreich	56	21	27
Salzburg	36	25	33
Steiermark	56	18	21
Tirol	36	8	17
Vorarlberg	36	22	25

Quellen: Auskünfte der einzelnen Präsidien und Direktionen der Landtage.

Autorin/Autor: Steininger, Barbara • Titel: Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation

Quelle online: www.demokratiezentrum.org • Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167.

4.4. Frauen im Gemeinderat

Die Zusammensetzung der lokalen Parlamente ist im Vergleich zur Landes- oder Bundesebene noch wenig erforscht. Einer Erhebung unter 18.000 GemeinderätInnen zufolge beträgt der Anteil der Frauen ca. 14 Prozent (Klammer 1999: 91). Zum gleichen Schluß kommt eine Statistik über das Bundesland Salzburg: 1997 waren von 1.953 GemeindevertreterInnen im Bundesland Salzburg 273 Frauen, das entspricht einem Anteil von 14 Prozent, nach den Gemeinderatswahlen 1999 stieg der Anteil auf 20 Prozent (Stranzinger und Rotschopf 1999: 61). Ähnliche Werte ergibt eine Studie über kommunale Mandate einer Partei: „517 der insgesamt 4074 FPÖ-Gemeinderäte in ganz Österreich sind weiblich, das entspricht einem Prozentsatz von 12,7 Prozent,“ (Rösslhuber 1999: 62).

Unterscheidet man die österreichischen Mitglieder der Gemeinderäte sowohl nach dem Geschlecht als auch nach Berufsgruppen, so haben anteilmäßig bei den Männern die Beamten, Arbeiter, Selbständige und Landwirte fast eine Monopolstellung inne, bei den Frauen sind es die Hausfrauen (*Tabelle 18*).

Die Bedeutung kommunalpolitischer Funktionen liegt vor allem darin, daß diese Ebene eine klassische Einstiegsmöglichkeit für politikinteressierte Bürgerinnen und Bürger bietet und auch Aufstiegsmöglichkeiten in die Landes- oder Bundesebene gegeben sind. Eine unzureichende Vertretung der Frauen in den lokalen Entscheidungsgremien hat daher weitreichende Konsequenzen: „Abgesehen davon, daß damit ein großer Teil aller politischen Entscheidungen nach wie vor von Männern gefällt wird, verpassen die Frauen entscheidende politische Lern- und Sozialisationserfahrungen für eine spätere politische Karriere,“ (Meuli und Ladner 1995).

In einer Untersuchung der Abgeordneten der Landtage Oberösterreichs, der Steiermark und Vorarlbergs geht es unter anderem um die kommunalpolitischen Funktionen der Landtagsabgeordneten. Da sich „jahrelanges politisches Engagement auf Orts-, Stadt- oder Bezirksebene vielfach als Vorstufe eines Landtagsmandats entpuppt, wobei politische Ämter auf kommunaler Ebene oft auch nach Übernahme des Landtagsmandats beibehalten werden,“ (Wolfgruber 1997: 171), jedoch weit mehr männliche als weibliche Landtagsabgeordnete gleichzeitig auch eine kommunalpolitische Funktion innehaben, urteilt die Autorin eine Benachteiligung von Frauen: „Kommunalpolitische Funktionen und Ämter bieten als Vorstufen weitergehenden politischen Engagements den Abgeordneten zum einen Profilierungsmöglichkeiten, bevor sie auf Landesebene politisch aktiv werden, zum anderen können vor dem Hintergrund obiger Verteilung männliche Mandatäre viel eher als Frauen auf ‚lokalpolitische Rückendeckung‘ zurückgreifen,“ (Wolfgruber 1997: 171).

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Tabelle 18: Frauenanteil unter den GemeinderätInnen differenziert nach Berufsgruppen

Beruf	Anteil der Männer (in Prozent)	Anteil der Frauen (in Prozent)
Landwirt	91,1	8,9
Lehrer	74,7	25,3
Beamter	95,3	4,7
Angestellter	84,4	15,6
Arbeiter	94,5	5,5
Selbständiger	92,2	7,8
Hausfrau	--	100,0
Student	84,8	15,2
Sonstiges	78,9	21,1
Gesamt	86,0	14,0
Gültige Nennungen	(15.310)	(2.465)

Quelle: Klammer 1999: 91.

5. Frauen wählen anders. „Gender Gap„ als Konstante?

Seit der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts wählen Frauen bis zu einem gewissen Grad anders als Männer. In der Ersten Republik hatte die Christlichsoziale Partei wesentlich mehr weibliche Wähler zu verzeichnen als die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Der Begriff „gender gap„ – er bezeichnet die Kluft zwischen der Wahlentscheidung von Frauen und Männern – hat mittlerweile auch in die Wahlforschung Einzug gehalten, und zwar seit dem Präsidentschaftswahlkampf 1984 in den USA, bei dem erstmals eine Frau als Spitzenkandidatin für das Amt des Vizepräsidenten antrat (Rosenberger 1995: 259).

„Frauen und Männer haben unterschiedliche politische Prioritäten, die sich in ihrem Wahlverhalten spiegeln. Dem Centre for the American Woman in Politics zufolge votieren Frauen im Gegensatz zu Männern eher für eine Politik, die militärische Einsätze zu vermeiden sucht, die den Besitz von Waffen kontrolliert, Umweltschutz in die Tat umsetzt, wirtschaftlich Benachteiligte unterstützt und sich um die Umsetzung der Gleichstellung von Menschen verschiedener Herkunft und Hautfarbe bemüht...“ (Europäische Datenbank, Women in Decision-making). Rechtsparteien weisen in Europa im Vergleich zu den anderen Parteien eher niedrige Frauenanteile aufweisen, bei den Frauen zeigen sich „Linkstendenzen„ im Wahlverhalten (*Profil*, 11.1.1999: 23).

In diesem Abschnitt wird der Frage nachgegangen, inwieweit sich ein „gender gap„ bei den Nationalratswahlen zwischen 1990 und 1999 entwickelt bzw. ausgeweitet hat. Bei den Nationalratswahlen 1990 bekam die SPÖ um fünf Prozent mehr weibliche als männliche Stimmen, die ÖVP um vier Prozent, die Grünen konnten ein Prozent mehr weibliche als männliche Stimmen für sich verbuchen. Die FPÖ dagegen hatte 1990 um acht Prozent mehr männliche als weibliche Wähler. Diese Grundtendenz setzte sich bis zu den Nationalratswahlen 1999 weiter fort. Obwohl die FPÖ sowohl weibliche als auch männliche Wählerstimmen dazugewann, vergrößerte sich der Abstand zwischen den Geschlechtern: seit 1994 hat die FPÖ

Autorin/Autor: Steininger, Barbara • Titel: Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation

Quelle online: www.demokratiezentrum.org • Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167.

um elf Prozent mehr männliche Wähler und damit den größten „gender gap„. Die SPÖ und die Grünen hielten – nach einigen Schwankun-

Tabelle 19: Entwicklung des „Gender Gap„ bei den Nationalratswahlen 1990–1999

In Prozent haben bei den Nationalratswahlen gewählt	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	LIF
<i>NR-Wahl 1990</i>					
Männer	39	29	20	4	--
Frauen	44	33	12	5	--
Gender-Differenz	+5	+4	-8	+1	
<i>NR-Wahl 1994</i>					
Männer	34	25	28	5	5
Frauen	36	30	17	9	6
Gender-Differenz	+2	+5	-11	+4	+1
<i>NR-Wahl 1995</i>					
Männer	35	26	27	4	5
Frauen	40	29	16	5	6
Gender-Differenz	+5	+3	-11	+1	+1
<i>NR-Wahl 1999</i>					
Männer	31	26	32	5	3
Frauen	35	27	21	9	4
Gender-Differenz	+4	+1	-11	+4	+1

Quellen: Plasser, Ulram und Seeber 1996: 172ff.; Plasser, Ulram und Sommer 1999.

gen bei den Nationalratswahlen 1994 – im Jahr 1999 ein Plus beim Anteil der weiblichen Stimmen. Bei der ÖVP kam es zu einer Annäherung der weiblichen und männlichen Anteile der Wählerstimmen, das Liberale Forum hatte zwischen 1994 und 1999 einen gleichbleibenden Wert von einem Prozent mehr weiblichen als männlichen Wählerstimmen zu verzeichnen.

6. Frauen als Spitzenkandidatinnen

Die Frage, inwiefern die Persönlichkeit der SpitzenkandidatInnen die Parteienpräferenz der WählerInnen beeinflusst, wird nach jeder Wahl diskutiert. In diesem Zusammenhang ist aber festzustellen, daß der Faktor „Geschlecht der SpitzenkandidatInnen„ nur eines von mehreren Motiven ist, warum man/frau schließlich einer der Parteien den Vorzug gibt und sie wählt. „Die Wähler benachteiligen nicht Frauen, sondern sie bevorzugen bestimmte Parteien; insofern ist die Zusammensetzung des Parlaments vor allem durch Parteientscheidungen bedingt. Aber mögliche Unterschiede im Wahlverhalten von Männern und Frauen bieten für die Parteien einen beträchtlichen Anreiz, mehr Frauen aufzustellen, was auch die Parteiführungen zunehmend erkennen„ (Lovenduski 1998: 183). Der Wahlkampf für die Nationalratswahlen 1994 war vor allem geprägt durch die weiblichen Spitzenkandidatinnen der Grünen und des Liberalen

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Forums. Diese beiden Parteien wurden 1994 auch deutlich stärker von Frauen gewählt als die beiden Regierungsparteien oder die FPÖ. Anders verlief es im Wahlkampf der Nationalratswahlen 1999, hier gab es nur eine weibliche Spitzenkandidatin, Heide Schmidt vom Liberalen Forum. Das Liberale Forum verlor sowohl Wählerinnen als auch Wähler und schaffte bei diesen Wahlen den Einzug in den Nationalrat nicht mehr.

6.1. Welche Kandidatinnen erhielten Vorzugsstimmen bei den Nationalratswahlen 1999?

Das österreichische Wahlrecht gibt den WählerInnen die Möglichkeit, neben einer Partei auch noch einzelne KandidatInnen zu wählen, ihnen eine Vorzugsstimme zu geben. Unter jenen 50 KandidatInnen, die die meisten Vorzugsstimmen in ihrem Regionalwahlkreis errangen, sind insgesamt sieben Frauen (*Tabelle 20*). Während es 21 männliche Kandidaten der ÖVP geschafft haben, sich in diesem Ranking zu placieren, ist es keiner einzigen Frau aus der ÖVP gelungen, genügend Vorzugsstimmen auf Regionalwahlkreisebene zu bekommen.

Auf Landesebene sieht die Situation im Hinblick auf die Anzahl der Vorzugsstimmen etwas anders aus. Im Gegensatz zur Regionalwahlkreisebene konnten sich hier auch ÖVP-Kandidatinnen behaupten, allen voran eine Bürgermeisterin. Da die Anzahl der Vorzugsstimmen auf Landesebene durchschnittlich weitaus geringer ist als auf Regionalwahlkreisebene, wurden in *Tabelle 21* nur 30 KandidatInnen mit den meisten Vorzugsstimmen als Grundlage genommen.

Tabelle 20: Weibliche Kandidaten mit den meisten Vorzugsstimmen im Regionalwahlkreis (NR-Wahlen 1999)

Name	Partei	Anzahl der Vorzugsstimmen	Platz innerhalb der besten 50 KandidatInnen
Barbara Prammer	SPÖ	6.498	8
Katharina Pfeffer	SPÖ	5.902	12
Susanne Riess-Passer	FPÖ	5.772	16
Helene Partik-Pable	FPÖ	4.959	20
Heide Schmidt	LIF	4.621	23
Verena Dunst	SPÖ	4.258	30
Evelin Lichtenberger	Grüne	3.875	38

Quelle: Schriftliche Auskunft des Innenministeriums.

Tabelle 21: Weibliche Kandidaten mit den meisten Vorzugsstimmen im Landeswahlkreis (NR-Wahlen 1999)

Name	Partei	Anzahl der Vorzugsstimmen	Platz innerhalb der besten 30 KandidatInnen
Helga Machne	ÖVP	4.139	5
Heide Schmidt	LIF	1.726	8
Evelin Lichtenberger	Grüne	984	14
Verena Dunst	SPÖ	969	15
Edeltraud Gatterer	ÖVP	836	16
Elisabeth Gehrler	ÖVP	689	19
Susanne Riess-Passer	FPÖ	580	24
Eva Glawischnig	Grüne	544	26
Elfriede Hammerl	LIF	487	30

Quelle: Schriftliche Auskunft des Innenministeriums.

7. Die „Feminisierung„ der politischen Kultur

1986 brach die damalige Ministerpräsidentin Norwegens Gro Harlem Brundtland den Weltrekord, als ihr Kabinett aus acht weiblichen und zehn männlichen Mitgliedern bestand. Als sie 1990 ihr drittes Kabinett bildete, waren neun Frauen unter den insgesamt 19 Regierungsmitgliedern. Brundtland forcierte als Premierministerin aktiv weibliche Karrieren und stand damit im Gegensatz zu anderen weiblichen Premierministerinnen wie z.B. Margaret Thatcher und Indira Gandhi (Sykes 1993: 220ff.). Es ist nicht nur die bloße biologische Zugehörigkeit zu einem Geschlecht, sondern es sind in erster Linie unterschiedliche Parteien und Positionen, die die Standpunkte und das Rollenverständnis der politischen AkteurInnen ausmachen; inwieweit das Geschlecht eine Rolle spielt, ist sehr unterschiedlich, wie obige Beispiele zeigen.

„Frau-sein ist kein Programm,.. So wie andere Positionen müssen auch feministische Positionen immer wieder neu überdacht und formuliert werden, sie bedürfen der Differenzierung. „Heute gestehen sich Frauen ihre unterschiedlichen Positionen viel klarer ein, als dies noch vor zehn oder 20 Jahren der Fall war,, (Appelt 1999). „Den platten Solidaritätsbegriff von damals gibt es nicht mehr, und das ist gut so. Denn wir brauchen kein feministisches Zentralkomitee, sondern viele Feminismen,, resümierte Eva Kreisky (*Profil*, 29.3.1997: 49). Ebenso stellt Rosenberger fest, „daß das gemeinsame Band der Biologie, das Frau-Sein, zunehmend weniger ein Indikator für eine gleichberechtigungsorientierte Frauenpolitik sein wird.,, (Rosenberger 1995: 368).

7.1. Was ändert sich, wenn mehr Frauen in der Politik vertreten sind?

Die Veränderungen, die im Zusammenhang mit dem steigenden Anteil der Frauen in der Politik in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben, sind vor allem auf die Frauenbewegung zurückzuführen: Die heutige Anzahl von Frauen in den Parlamenten wäre nicht denkbar ohne die Frauenbewegung seit Beginn der 70er Jahre. Durch sie entstand ein Veränderungsdruck,

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

der Mitte der 80er Jahre bei Parlament und Parteien angekommen war und eine Modernisierung bewirkt hatte. Die Sichtweisen zum Thema „Frauen und Politik,“ wurden dabei auf weiten Strecken verändert.

Mit dem zunehmenden Einzug der Frauen in die Politik wurden auch die weiblichen Sichtweisen zu bestimmten politischen Themen zunehmend transparenter gemacht und bekamen eine verstärkte Relevanz in der Öffentlichkeit. Lovenduski argumentiert, „daß Frauen zwar ungefähr die gleichen politischen Themen für wichtig halten, diese aber ganz anders wahrnehmen als Männer.“ So belege die Wirtschaftspolitik in der Rangordnung der Bedeutung politischer Themen sowohl bei Männern als auch bei Frauen den ersten Platz, wobei sich Frauen aber stärker für Teilzeitarbeit, Niedriglöhne und Rentenrecht interessierten, während Männer am stärksten am Thema Arbeitslosigkeit interessiert wären. Und weiter: „Keine Frau würde ein Rentensystem entwickeln, das auf der lebenslangen Arbeitsfähigkeit basiert, wenn es doch offensichtlich nur wenigen Frauen zugute kommen würde.“ (Lovenduski 1998: 186ff.).

7.2. Ändern sich auch die Mittel und der Stil?

Ein deutscher Bundestagsabgeordneter verglich die Politik unter Männern mit einem Ping-Pong-Spiel: „Wenn jetzt plötzlich eine Frau kommt, die da einen Tennisschläger mitbringt, dann sieht die Welt schon ganz anders aus,“ (Schöler-Macher 1994: 138). Haben Frauen und Männer tatsächlich unterschiedliche Spielarten in der Politik? Zumindest fallweise: ein neues Politikmuster wurde im österreichischen Nationalrat zum erstenmal 1989 angewendet. Weibliche Abgeordnete aller vier Parlamentsparteien arbeiteten den Entwurf einer Novelle des Strafrechtes hinsichtlich der Vergewaltigung innerhalb der Ehe ohne Männer aus, nachdem es zuvor im Plenum des Nationalrates zu verbalen Ausrutschern gekommen war. Diese Vorgangsweise wurde im gleichen Jahr auch noch bei der Aushandlung des sogenannten Familienpaketes sowie 1992 beim Gleichbehandlungspaket gewählt – bei letzterem allerdings ohne die Mitarbeit der FPÖ-Frauen, die diese verweigerten (Rosenberger 1995: 363).

Aber nicht nur Parlamentspolitikerinnen schlossen sich in Österreich zu parteiübergreifenden Aktionen zusammen. Im April 1997 fand in Österreich das sogenannte „Frauenvolksbegehren,“ statt, gleichzeitig mit dem „Gentechnik-Volksbegehren,“. Bei der offiziellen Einreichung war es von 23 Abgeordneten der SPÖ und von den Grünen unterschrieben worden, darunter waren neun Männer. In der Folge wurde das Frauenvolksbegehren von verschiedenen politischen, religiösen und anderen gesellschaftspolitisch engagierten Organisationen mitgetragen. „Es herrschte keineswegs Einigkeit über den gesamten Forderungskatalog des Frauenvolksbegehrens.“ (Pollinger 1998: 140). Die Forderungen des Frauenvolksbegehrens blieben bis heute weitgehend unerfüllt. Und dennoch: als Instrument der Partizipation war das Frauenvolksbegehren durchaus erfolgreich – mit 644.977 Unterschriften rangiert es unter allen Volksbegehren der Zweiten Republik an sechster Stelle.

7.3. Vom Thema „Frauen,“ zum Thema „Gender“

Ein wesentliches gesellschaftliches Merkmal in den vergangenen hundert Jahren war die Emanzipation des weiblichen Geschlechts. Der Begriff „Frau,“ trat in die Öffentlichkeit, es gab das „Jahr der Frau,“ den „Frauentag,“ die Frauenbewegung, „Frauenquoten,“ usw. Dabei ging es hauptsächlich darum, Benachteiligungen und die Unterrepräsentation der Frauen in Gesellschaft und Politik aufzuzeigen und einen Aufholprozeß einzuleiten. Nunmehr wird die Diskussion zunehmend vom Begriff „Gender,“ geprägt, dieser „richtet sich auf das soziale Geschlecht, auf die soziale Bedeutung des Frauseins bzw. Mannseins und deren hierarchische Verortung im Machtgefüge. Gender bringt die soziale, ökonomische, politische und kulturelle

Autorin/Autor: Steininger, Barbara • Titel: Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation

Quelle online: www.demokratiezentrum.org • Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167.

Dimension der Geschlechtszugehörigkeit als Platzanweiser zum Ausdruck. ... Mit der Kategorie ‚Gender‘ das politische System zu befragen, bringt einerseits eine Erweiterung des Politischen, andererseits das ‚Vergeschlechtlichte‘ des Politischen in den Blick,, (Pelinka und Rosenberger 2000: 184).

7.3.1. Gender Mainstreaming – eine Wortkreation der EU oder ein politisches Konzept?

Unter dem Begriff „Gender Mainstreaming“, forderte 1996 die EU-Kommission alle Mitgliedsstaaten der EU auf, „die Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gesellschaft einzubinden,.. Darüber hinaus ist es erklärtes Ziel der EU, für eine ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen und Übernahme von Verantwortung durch Frauen und Männer in allen Lebensbereichen zu sorgen, die als eine wesentliche Vorbedingung für die Gleichstellung von Frauen und Männern angesehen wird. Die EU-BerichterstellerInnengruppe für Gleichberechtigung von Frauen und Männern definiert „Gender Mainstreaming“, als eine Strategie, die alle politischen Bereiche betrifft: „Gender Mainstreaming ist die (Re)organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung grundsatzpolitischer Prozesse, mit dem Ziel, eine geschlechterbezogene Sichtweise in alle politischen Konzepte auf allen Ebenen und in allen Phasen durch alle an politischen Entscheidungsprozessen beteiligten Akteure einzubringen,.. Inwieweit die Umsetzung in den Mitgliedsländern der EU in den kommenden Jahren vorangetrieben wird, wird sich zeigen.

Die Rollen der Geschlechter im politischen System nähern sich zwar zunehmend an, über weite Gebiete hinweg sind sie aber noch immer festgefahren. Dies ist zum einen auf historische Gegebenheiten zurückzuführen: Frauen spielten im politischen System keine Rolle. Zum anderen ist die Geschlechtszugehörigkeit bis heute ein Faktor der Ungleichverteilung von Macht. Dazu ein Beispiel: Der Begriff „Herrenhaus“, bezeichnete die zweite Kammer des Parlaments in der österreichischen Monarchie. Dieses Herrenhaus war nur einer sehr kleinen männlichen Oberschicht (Klerus, Adel, Großgrundbesitzer) zugänglich – aufgrund elitärer Rekrutierungsmechanismen. Der Begriff „Frauenhaus“, stammt aus der Gegenwart und bezeichnet ein Haus, in das Frauen (zumeist mit ihren Kindern) flüchten, wenn sie von männlicher Gewalt bedroht sind. Auch das Frauenhaus ist nur einer sehr kleinen Gruppe von Frauen zugänglich – aufgrund der räumlich beschränkten Möglichkeiten. Auch wenn zwischen diesen Begriffen ca. hundert Jahre liegen, die Verortung im Machtgefüge war und ist offensichtlich.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts befinden sich die Frauen in Österreich zwar auf dem Weg zur politischen Macht. Sie haben jedoch erst ein Viertel des Weges zurückgelegt. Aber Marathonläuferinnen sind bekanntlich ausdauernd.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

Literatur

- Appelt, Erna (1999). Die Frauenbewegung ist tot – es lebe die Frauenbewegung, *Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, 26 (3), 8
- Bericht über die Situation der Frauen in Österreich – Frauenbericht* (1995), Wien
- Hoecker, Beate (1998). Politische Partizipation und Repräsentation von Frauen im europäischen Vergleich, in: Beate Hoecker (Hg.). *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*, Opladen, 379–398
- Hofer, Karin und Elisabeth Wolfgruber (1999). *Warum werden Frauen nicht gewählt? Zur Situation von Politikerinnen am Land*. Studie im Auftrag des Büros für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes Salzburg, Salzburg
- Klammer, Dieter (1999). *Lokale Eliten, kommunale Parteien und Gemeindepolitik in Österreich*, Univ. Klagenfurt: Diss.
- Köpl, Regina (1999). Das Ende der Bescheidenheit? – 20 Jahre institutionelle Frauenpolitik in Österreich, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 1, 63–74
- Lovenduski, Joni (1998). Großbritanniens sexistische Demokratie: Frauen, Männer und die Politik im Parteienstaat, in: Beate Hoecker (Hg.). *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*, Opladen, 167–188
- Meuli, Urs und Andreas Ladner (1995). *Frauen in der Lokalpolitik. Die Vertretung der Frauen in den kommunalen Gremien*, Zürich
- Müller, Wolfgang C., Wilfried Philipp und Barbara Steininger (1987). Sozialstrukturen und Karrieren österreichischer Regierungsmitglieder (1945–1987), in: Andreas Khol, Günter Ofner und Alfred Stirnemann (Hg.). *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986*, Wien, 143–163
- Müller, Wolfgang C. und Barbara Steininger (2000). Not yet the locus of power. Parliamentary party groups in Austria, in: Ruud Koole und Knut Heidar (eds.). *Parliamentary Party Groups in European Democracies. Political parties behind closed doors*, London, 71-88
- Neyer, Gerda (1997). Frauen im österreichischen politischen System, in: Herbert Dachs et al. (Hg.). *Handbuch des politischen System Österreichs. Die Zweite Republik*, 3. Auflage, Wien, 185–202
- Österreichischer Politiker-, Parteien- und Bürgermeisterindex 1999*, Wien
- Pelinka, Anton (1995). Parlament, in: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.). *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933*, Wien, 59–71
- Pelinka, Anton und Sieglinde Rosenberger (2000). *Österreichische Politik. Grundlagen, Strukturen, Trends*, Wien
- Plasser, Fritz, Peter A. Ulram und Gilg Seeber (1996). (Dis-)Kontinuitäten und neue Spannungslinien im Wählerverhalten, in: Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Günther Ogris (Hg.). *Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995*, Wien, 155–209
- Plasser, Fritz, Peter A. Ulram und Franz Sommer (1999). *Analyse der Nationalratswahl 1999. Muster, Trends und Entscheidungsmotive*, <http://www.zap.or.at/202005.html>
- Pollinger, Susanne (1998). *Das Frauenvolksbegehren*, Univ. Linz: Dipl.Arb.
- Reynolds, Andrew (1999). Women in the Legislatures and Executives of the World. Knocking at the Highest Glass Ceiling, *World Politics* 51, 547–572
- Rösslhuber, Maria (1999). *Die FPÖ und die Frauen*, Wien
- Rosenberger, Sieglinde (1995). „Lieber gleich-berechtigt als später“, in: Reinhard Sieder, Heinz Steinert und Emmerich Tálos (Hg.). *Österreich 1945–1995. Gesellschaft – Politik – Kultur*, Wien, 354–369
- Schöler-Macher, Bärbel (1994). Frauen in der Politik, in: Susanne Lang und Dagmar Richter (Hg.). *Geschlechterverhältnisse – schlechte Verhältnisse*, Marburg, 138–148

Autorin/Autor: Steininger, Barbara • Titel: Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation

Quelle online: www.demokratiezentrum.org • Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167.

Demokratiezentrum Wien

Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167

- Steininger, Barbara (1998). Zwischen Konflikt und Konsens. Frauen im politischen System Österreichs, in: Beate Hoecker (Hg.). *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*, Opladen, 275–296
- Stranzinger, Dagmar und Romana Rotschopf (1999). Auf die Plätze Frauen los. Präsenz von Frauen in der Salzburger Politik, in: Herbert Dachs und Roland Floimair (Hg.). *Salzburger Jahrbuch für Politik*, Salzburg, 57–69
- Sykes, Patricia Lee (1993). Women as National Leaders: Patterns and Prospects, in: Michael A. Genovese (ed.). *Women als National Leaders*, Newbury Park, 219–229
- Welan, Manfred (1999). „Theorie und Praxis,, in: Alfred Payrleitner (Hg.). *Aufbruch aus der Erstarrung. Neue Wege in die österreichische Politik*, Wien, 49–67
- Wolfgruber, Elisabeth (1997). Politische Repräsentation auf Länderebene: Die Landtage und ihre Abgeordneten, in: Herbert Dachs, Franz Fallend und Elisabeth Wolfgruber (Hg.). *Länderpolitik. Politische Strukturen und Entscheidungsprozesse in den österreichischen Bundesländern*, Wien, 73–230

Autorin/Autor: Steininger, Barbara • Titel: Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation

Quelle online: www.demokratiezentrum.org • Quelle Print: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 141-167.